



Parlamentarischer Vorstoss

Vorstoss-Nr.: 037-2026
Vorstossart: Interpellation
Richtlinienmotion:
Geschäftsnummer: 2026.GRPARL.119

Eingereicht am: 03.03.2026

Fraktionsvorstoss: Nein
Vorstoss Ratsorgan: Nein
Eingereicht von: Scheuss (Biel/Bienne, GRÜNE) (Sprecher/in)
Grosjean (Bern, GLP)
Berger-Sturm (Grosshöchstetten, SP)
Lindegger (Roggwil, GRÜNE)
Rüfenacht (Burgdorf, SP)
Vanoni (Zollikofen, GRÜNE)
von Arx (Spiegel b. Bern, GLP)

Weitere Unterschriften: 0

Dringlichkeit verlangt: Nein
Dringlichkeit gewährt:

RRB-Nr.: vom
Direktion: Bau- und Verkehrsdirektion
Klassifizierung: Nicht klassifiziert

Zukunft der Nationalstrassenprojekte in der Region Bern und Schutz der betroffenen Bevölkerung

Am 28. Januar 2026 hat der Bundesrat die Eckwerte des strategischen Entwicklungsprogramms (STEP) für die Nationalstrassen vorgestellt. Für die Region Bern bedeutet dieser Entscheid einen grundlegenden Richtungswechsel: Mit Ausnahme einzelner Abschnitte sollen bis 2045 keine Autobahnprojekte mehr weiterverfolgt werden. Das Projekt «Bypass Bern-Ost» wurde in die Kategorie «Weitere» ohne konkreten Zeithorizont eingestuft, was faktisch einem Projektabbruch gleichkommt.

Zudem stehen die Planungen für den Ausbau des Autobahnanschlusses Wankdorf weiterhin im Raum, obwohl sich durch die bundesrätlichen Entscheide die verkehrspolitischen Rahmenbedingungen grundlegend verändert haben.

Der Entscheid des Bundes wirft für die Region Bern zentrale Fragen auf. Der nahezu durchgehende Tunnel des Bypasses Bern-Ost hätte die Möglichkeit eröffnet, die A6 aus dicht besiedelten Quartieren zu verlegen, Emissionen deutlich zu reduzieren und die getrennten Stadtteile wieder miteinander zu verbinden. Damit war das Projekt nicht nur ein Verkehrsvorhaben, sondern ein Kernelement einer langfristigen Stadt- und Siedlungsentwicklung im Osten Berns.

Die jüngsten Beschlüsse des Bundes haben in der Region Bern grosse Unsicherheit ausgelöst. Es ist Aufgabe des Kantons, gegenüber dem Bund die Interessen der Bevölkerung klar zu vertreten und gleichzeitig tragfähige Lösungen für Verkehr, Umwelt und Siedlungsentwicklung zu erarbeiten.

Der Regierungsrat wird um Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Wie beurteilt der Regierungsrat die aktuelle Ausrichtung der bundesrätlichen Verkehrspolitik im Hinblick auf die Bedürfnisse der Region Bern, und wie bringt er sich in die weiteren Planungen auf Bundesebene ein?
2. Beabsichtigt der Regierungsrat, sich gegenüber dem Bund für eine höhere Priorisierung des Bypasses Bern-Ost mit verbindlichem Realisierungshorizont einzusetzen?
3. Falls der Bundesrat an seinem Entscheid festhält und das Projekt langfristig sistiert bleibt: Wird sich der Regierungsrat gegen den isolierten Ausbau des Autobahnanschlusses Wankdorf einsetzen, da diesem ohne den Bypass Bern-Ost eine übergeordnete verkehrliche Logik fehlt?
4. Welche Massnahmen hält der Regierungsrat für geeignet, um die Bevölkerung in den von der A6 betroffenen Quartieren rasch und wirksam vor Lärm, Luftschadstoffen und weiteren Emissionen zu schützen und die Lebensqualität nachhaltig zu verbessern?

Verteiler

– Grosser Rat